TABLE.STANDPUNKT

Erscheinungsdatum: 16. September 2025

Keine Kürzungen auf Kosten der globalen Gesundheit

Programmdirektorin der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, Angela Bähr. (DSW/Simona Bednarek)

In dieser Woche berät der Bundestag in zweiter Lesung über den Haushalt 2025. Klar ist schon jetzt: Es wird deutliche Kürzungen geben. Angela Bähr von der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung warnt besonders vor den Folgen der Kürzungen von Mitteln für bilaterale Gesundheitsprojekte.

AB Angela Bähr

Von außen betrachtet klingt es wie ein Paradox: Während Deutschland, nicht ohne Stolz, auf eine globale Gesundheitsstrategie verweist und sich im Koalitionsvertrag auch zu einer starken Rolle in diesem Bereich verpflichtet hat, drohen dem Bundesentwicklungsministerium (BMZ) nun drastische Kürzungen ausgerechnet auch im Gesundheitssektor. Diese Kürzungen im Haushalt für 2025 und 2026 – sollten sie so eintreten wie geplant –

würden nicht nur multilaterale Partner wie UNFPA, den Global Fund against Aids, Malaria and Tuberculosis, und die Impfallianz GAVI hart treffen, sondern drohen auch neue bilaterale Projekte im Gesundheitsbereich komplett zu verhindern.

Das bedeutet eine verhängnisvolle Kehrtwende in einem Sektor, der derzeit ohnehin in einer tiefen Krise steckt. Viele Länder – vor allem in Subsahara-Afrika – ringen nach dem Rückzug von USAID darum, überhaupt aus eigener Kraft eine grundlegende Gesundheitsversorgung auf die Beine stellen zu können. Gerade hier könnte Deutschland mit Fachwissen, technischer Beratung und finanzieller Zusammenarbeit vor Ort entscheidend unterstützen.

Doch trotz einer vor zwei Jahren neu abgestimmten Kompetenzfeldstrategie für „Globale Gesundheit, soziale Sicherheit und sexuelle sowie reproduktive Gesundheit" erwägt das BMZ nun, dieses Themenfeld künftig nur noch über internationale Zuschüsse und multilaterale Finanzierungen zu bearbeiten. Auch wenn Partnerländer in Zukunft Bedarfe für bilaterale Zusammenarbeit im Gesundheitssektor dem BMZ gegenüber anmelden – würde dieser Sektor dann nicht unterstützt.

Effektive Gesundheitspolitik und ihre Umsetzung in der Entwicklungszusammenarbeit funktioniert aber nicht per Handstreich. Sie braucht einen Methodenmix: gezielte multilaterale Beiträge, etwa für Aufklärung und den Zugang zu Verhütungsmitteln über UNFPA; bilaterale Beratung beim Aufbau funktionierender, inklusiver Gesundheitssysteme, die sich an den Bedarfen der ärmsten Bevölkerung orientieren und eine starke Rolle der Zivilgesellschaft vor Ort, um Prävention und Versorgung für die Bevölkerung tatsächlich erreichbar zu machen und einzufordern.

Die Folgen verfehlter internationaler und nationaler Gesundheitspolitik sind jetzt schon sichtbar: Jährlich werden in Subsahara-Afrika Tausende von Mädchen ungewollt schwanger – oft viel zu jung, oft ohne ausreichenden Zugang zu Bildung und Gesundheitsdiensten. Ein solcher Start ins Leben raubt Chancen – vor allem für die Mädchen selbst, doch auch für ihre Familien und die gesamte Volkswirtschaft. Wer früh Mutter wird, muss oftmals die Schule abbrechen, hat damit schlechtere Einkommenschancen und lebt oft ein Leben lang in Armut. Ein fataler Kreislauf – der den demografischen Herausforderungen in Subsahara-Afrika völlig widerspricht. Deshalb ist Entwicklungszusammenarbeit, die Aufklärung und Verhütung stärkt, nicht nur Gesundheitspolitik – sie ist auch kluge Wirtschaftspolitik. Nur eine gesunde, junge Gesellschaft mit reproduktiver Selbstbestimmung ist auch in der Lage, sich volks- und privatwirtschaftlich zu entwickeln.

Auch in der Bekämpfung von HIV/Aids stehen wir an einem Scheideweg. Das nachhaltige Entwicklungsziel, die Epidemie bis zum Jahr 2030 zu beenden, ist weiter in die

Ferne gerückt – trotz einer positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren.

Ein Beispiel: In Kenia konnte die Zahl der Neuinfektionen dank hohen Engagements (und Geld) internationaler Programme wie PEPFAR und des Global Fund in den vergangenen zwei Jahrzehnten halbiert werden. Mehr als eine Million Menschen, die mit Aids leben, erhalten – besser gesagt erhielten – antiretrovirale Medikamente. Doch diese Erfolge sind kein Selbstläufer. Denn sobald Gelder gekürzt werden, fehlt es an Strukturen und Arbeitskräften für die Prävention, Diagnose und Beratung. Ganz zu schweigen von den Medikamenten an sich.

Doch anstatt auf jahrelangen Erfahrungen in der HIV/Aids–Bekämpfung aufzubauen und die betroffenen Länder bei der Entwicklung von widerstandsfähigen Systemen in dieser Krisensituation zu unterstützen, scheint die Bundesregierung auf Einschnitte zu setzen: Geplant sind Kürzungen bei UNFPA von einst 43 Millionen Euro auf 35 Millionen Euro (2025) bis zu 28 Millionen Euro (2026). Bei GAVI sieht es nicht besser aus: Hier sollen die Mittel von 120 Millionen Euro (2025) auf 80 Millionen Euro (2026) heruntergeschraubt werden.

Und, ganz aktuell, der Beitrag Deutschlands zum Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV, TB und Malaria soll von ursprünglich 950 Millionen Euro auf jetzt 850 Millionen für die Auffüllungsperiode 2026 bis 2028 gekürzt werden – das bedeutet einen Rückschlag um 100 Millionen Euro. Gemeinsam mit den bereits beschlossenen Kürzungen gegenüber der vorherigen Auffüllungsperiode handelt es sich um eine Gesamtreduktion des deutschen Beitrags um insgesamt 35 Prozent. Hinter diesen Zahlen stehen reale Verluste an Impfungen, Medikamenten, Beratungsangeboten, die nicht nur Gesundheit, sondern Menschenleben kosten. Und zusätzlich sollen neue bilaterale Programme im Gesundheitssektor durch das BMZ gestrichen werden. Was bleibt, ist eine enorme Schieflage: zahlreiche Beteuerungen der „globalen Verantwortung", aber immer weniger Substanz.

Es ist noch nicht zu spät, diesen Kurs zu korrigieren. Bei den anstehenden Haushaltsverhandlungen kann das Parlament noch einige Streichungen inhaltlich hinterfragen: Globale Gesundheit ist kein Luxusprojekt für bessere Zeiten, sondern ein öffentliches Gut, und Voraussetzung für menschliche Entwicklung. Ebenso ist die Analyse demographischer Daten für eine effiziente Entwicklungszusammenarbeit unerlässlich: Deutschland sollte den Anspruch und Ruf, ein verlässlicher Partner im Gesundheitssektor zu sein, nicht zugunsten kurzfristiger Haushaltsengpässe opfern.

Angela Bähr ist Vorständin der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW). Zudem ist Bähr stellvertretende Vorsitzende des Verbands Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (Venro).

Letzte Aktualisierung: 16. September 2025